

DIALOG

ZUKUNFT WÄCHST VOR ORT: KLJB-PERSPEKTIVEN FÜR STARKE LÄNDLICHE RÄUME

Vorwort

Als KLJB liegen uns ländliche Räume ganz besonders am Herzen. Hier leben wir, hier engagieren wir uns und hier gestalten wir voller Überzeugung die Zukunft. Getreu unserem Motto „Wir bewegen das Land“ sind für uns als Landjugend ländliche Räume kein Auslaufmodell, sondern lebendige Lebenswelten, die durch ihre Gemeinschaft geprägt sind. Jeder Ort hat dabei seine eigene Identität, eigene Voraussetzungen und individuelle Potenziale. Wir erleben täglich, wie viel Energie, Kreativität und Innovationskraft in unseren Dörfern steckt, wenn junge Menschen Vertrauen und den Raum bekommen, ihre Ideen zu verwirklichen.

Mit diesem Dialogpapier möchten wir den Beschluss „Zukunft wächst vor Ort – KLJB-Perspektiven für starke ländliche Räume“ der KLJB-Bundesversammlung 2026 in Nittendorf verständlich aufbereiten. Dabei folgen wir in diesem Papier einer klaren Methodik: Zuerst werfen wir einen Blick auf die aktuelle Bestandsaufnahme in den ländlichen Räumen und benennen dabei auch klar Herausforderungen. Dem stellen wir unsere Vision von zukunftsfähigen und attraktiven ländlichen Räumen gegenüber. Anschließend formulieren wir konkrete Forderungen an Politik und Kirche, um diese Vision zur Realität werden zu lassen. Darüber hinaus machen wir deutlich, wie wir als KLJB durch unser eigenes Handeln vorangehen, um unseren aktiven Beitrag zur Gestaltung ländlicher Räume zu leisten.

Dieses Dialogpapier ist dabei mehr als eine bloße Zusammenfassung unserer Positionen. Es ist eine Einladung an politische Entscheidungsträger*innen, lokale Akteur*innen und alle, die unsere Leidenschaft für starke ländliche Räume teilen: Lasst uns gemeinsam anpacken und das Land bewegen!

Im Namen des KLJB-Bundesvorstands
Jannis Fughe



KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Deutschlands

UNSER BESCHLUSS

Als Katholische Landjugendbewegung (KLJB) Deutschlands nehmen wir die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in ländlichen Räumen aufmerksam wahr und verstehen es als unseren Auftrag, diese Räume aktiv mitzugestalten. Ländliche Räume sind vielfältig und unterschiedlich: Regionale Unterschiede prägen Alltag, Lebensperspektiven und Chancen junger Menschen. Trotz aller Heterogenität zeigen sich jedoch auch übergreifende strukturelle Herausforderungen.

Dieser Beschluss knüpft direkt an die Ergebnisse der Landjugendumfrage des KLJB-Bundesarbeitskreises Ländliche Entwicklung (BAK Land) zum Thema "Lebens-

realitäten junger Menschen in ländlichen Räumen" (2025)¹ an. Die Ergebnisse der Umfrage machen sichtbar, dass junge Menschen gerne in ländlichen Räumen leben, aber auch, wie sie diese Räume erleben – mit allen Stärken und Herausforderungen.

Wir leben gerne auf dem Land. Gerade deshalb wollen wir mit diesem Beschluss auch ein Augenmerk auf bisher ungenutzte Potenziale legen und zeigen, welche Rahmenbedingungen es aus unserer Sicht braucht, damit ländliche Regionen für junge Menschen attraktiv, zukunftsfähig und lebenswert bleiben.

Zur Entstehung dieses Dialogpapiers

Im Rahmen des selbstgewählten Schwerpunktthemas „Lebensrealitäten junger Menschen in ländlichen Räumen“ hat der BAK Land eine bundesweite Umfrage durchgeführt. Zielgruppe der Umfrage waren Menschen aus ländlichen Räumen, darunter vor allem junge Menschen. Die Umfrage soll die unterschiedlichen Lebensrealitäten junger Menschen in ländlichen Räumen erfassen und sichtbar machen. Die Ergebnisse dieser Umfrage dienen als Grundlage für die Erarbeitung des folgenden Beschlusses.

Besonderes Augenmerk lag auf der Frage, wie junge Menschen die Stärken und Schwächen der ländlichen Räume wahrnehmen und welche Herausforderungen sie in ihrem Alltag erleben. Dabei wurden Themen wie Mobilität, Wohnen, Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Ehrenamt, Dritte Orte, Jugendpartizipation, Vielfalt und Zusammenhalt in den Blick genommen.

Insgesamt nahmen 429 Personen an der Befragung teil. Nach Bereinigung (z. B. unvollständige oder unplausible Angaben) konnten 391 Fragebögen ausgewertet werden.

Der Bundesarbeitskreis Ländliche Entwicklung



¹ BAK Land: „Projektbericht: Lebensrealität junger Menschen im ländlichen Raum – Auswertung der KLJB-Umfrage.“ 2025. Online unter: www.kljb.org/wp-content/uploads/2026/01/2025_09_19_KLJB_Projektbericht_Umfrage_auswertung.pdf (Stand: 01.02.2026).

» MOBILITÄT & SOZIALE TEILHABE





Analyse

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe, Bildung, ehrenamtliches Engagement und gesellschaftliche Mitgestaltung. In vielen ländlichen Regionen sind die bestehenden Mobilitätsangebote jedoch unzureichend. Fehlende Alternativen zum privaten PKW erschweren jungen Menschen den Zugang zu Ausbildungsorten, Freizeitangeboten, Vereinsleben und politischer Beteiligung. In kleineren Gemeinden, in denen es Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gibt, sind diese häufig durch unregelmäßige Taktungen, stark eingeschränkte Betriebszeiten und fehlende Barrierefreiheit gekennzeichnet.

Viele Jugendliche und junge Erwachsene sind daher auf familiäre Fahrdienste oder das eigene Auto angewiesen. Dies verstärkt soziale Ungleichheiten und schließt insbesondere Jugendliche ohne Führerschein oder eigenes Fahrzeug von selbstbestimmter Teilhabe aus. Dadurch entstehen strukturelle Benachteiligungen, die die Attraktivität ländlicher Räume für junge Menschen mindern. Mobilität ist daher nicht nur eine Frage der Infrastruktur, sondern der sozialen Gerechtigkeit. Sie entscheidet darüber, ob junge Menschen Zugang zu Bildung, Kultur, Engagement und öffentlichem Leben haben.



Vision

Junge Menschen in ländlichen Räumen verfügen über flexible, verlässliche, barrierefreie und bezahlbare Mobilitätsangebote, die selbstständige und unabhängige Fortbewegung ermöglichen. Mobilität wird als Teil öffentlicher **Daseinsvorsorge** verstanden und sichert **gleichwertige Lebensverhältnisse** zwischen Stadt und Land. Innovative, **multimodale** und klimafreundliche Mobilitätskonzepte stützen Lebensqualität und Teilhabe. Ländliche Mobilität ist dabei sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und bedarfsgerecht gestaltet.

„Daseinsvorsorge bezeichnet die staatliche Aufgabe, Güter und Leistungen bereitzustellen, die für ein menschliches Dasein notwendig sind. Dies umfasst u. a. Energie- und Wasserversorgung, Verkehrsleistungen, Telekommunikation, Rundfunk, Straßenreinigung sowie Abwasser- und Müllentsorgung. [...] In Deutschland sind nach dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung die Kommunen für die Daseinsvorsorge verantwortlich, wo Daseinsvorsorge als Teil des Sozialstaatsprinzips verstanden wird.“

Zitat: Große Hüttmann / Wehling, Das Europalexikon (3. Auflage), Bonn 2020, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH. Autor des Artikels: M. Chardon, bpb.

Wusstest du schon, dass die **Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse** in der Bundesrepublik in Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes verankert sind? Außerdem wurde im Jahr 2019 die Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" gebildet, in der konkrete Handlungsmaßnahmen für Deutschland erarbeitet wurden.

Multimodale Mobilität meint die Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel für verschiedene Wege. So kann beispielsweise für den Besuch einer Freundin im Umland das Auto genutzt werden, während Einkäufe in der Stadt mit dem öffentlichen Nahverkehr erledigt werden.





Deshalb fordern wir:

Von der Politik:

- Den verstärkten Ausbau und die Förderung eines leistungsfähigen ÖPNV-Netzes im Taktverkehr sowie des Fuß- und Radwegenetzes in ländlichen Räumen.
- Eine langfristige Finanzierung des Deutschlandtickets zu einem dem 9-Euro-Ticket vergleichbaren Tarif.²
- Einen kostenfreien ÖPNV für ehrenamtlich Engagierte und Freiwilligendienstleistende.
- Die Sicherstellung einer verlässlichen ÖPNV-Grundbedienung auch in den Abendstunden sowie an Wochenenden, um Freizeit, Engagement und soziale Aktivitäten zu ermöglichen.
- Die Einführung und Förderung ergänzender lokaler Linienverkehre sowie flexibler, multimodaler Mobilitätskonzepte **wie Rufbusse oder Mitfahrplattformen**, die insbesondere kleinere Gemeinden einbeziehen. Ehrenamtlich getragener Dorfmobilitätsdienste sollten gefördert werden, ersetzen aber nicht den Ausbau und Erhalt kommunaler Angebote.
- Die Etablierung flächendeckender Mobilitätskonzepte, die nicht nur zentrale Orte, sondern auch periphere und kleinere Gemeinden systematisch erschließen. Hierfür müssen ausreichende und langfristig gesicherte Finanzmittel bereitgestellt werden.
- Die Gestaltung vernetzter Verkehrssystemen, die soziale Teilhabe fördern und gleichzeitig konsequent klimaverträglich ausgerichtet sind, unter anderem durch den Ausbau emissionsarmer Angebote und die Verknüpfung von Bus, Bahn, Rad und Carsharing.

Von der Kirche:

- Anschaffung, Erhalt und Bereitstellung von Kleinbussen und Gemeindefahrzeugen durch Pfarrgemeinden, Seelsorgeeinheiten oder Diözesen, die kirchlichen Gruppen, Jugendverbänden und Initiativen kostenfrei und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden. Lediglich die anfallenden Spritkosten sollten durch die Nutzenden getragen werden.



Beispiele

ARuf-LUP aus Ludwigslust-Parchim (MV): Autonomes Rufbussystem für die Region.

On-Demand-Shuttles in Baden-Württemberg: Die Shuttles fahren auf nicht festgelegten Strecken und auf individuellen Bedarf in ländliche Regionen.



Als KLJB gehen wir selbst voran durch:

- Die Entwicklung und Erprobung von Pilotprojekten zur „Verbandsmobilität“, beispielsweise durch Shuttleangebote zu Veranstaltungen, Carsharing-Modelle in Kooperation mit Kommunen, Pfarrgemeinden oder Diözesen sowie die gemeinsame Nutzung bestehender Fahrzeuge.
- Die gezielte Stärkung von Mobilitätsbildung in Gruppenstunden und Bildungsangeboten, um junge Menschen für nachhaltige, solidarische und sichere Mobilitätsformen zu sensibilisieren und Handlungskompetenzen zu fördern.

² Vgl. KLJB-Bundesausschuss: „Jugendverbandsarbeit braucht langfristige Perspektiven. Krisensicherheit durch starke Strukturen.“ Beschluss des Herbst-Bundesausschusses 2022. Online unter: https://www.kljb.org/wp-content/uploads/2025/08/KLJB_Beschluss-Nr.-2-Jugendverbandsarbeit-braucht-langfristige-Perspektiven.pdf (Stand: 01.02.2026).

» DASEINSVORSORGE, » DIGITALE INFRA- STRUKTUR & WOHNRAUM





Analyse

Ländliche Räume unterliegen deutlichen Unterschieden in der Erreichbarkeit und Verfügbarkeit von zentralen Infrastrukturen. In kleineren Gemeinden sind medizinische Versorgung, Nahversorgung und weitere Angebote der Daseinsvorsorge häufig nicht ausreichend. Zur Daseinsvorsorge gehört heute untrennbar auch die digitale Infrastruktur. **Hoher Breitbandanschluss**, insbesondere Glasfaseranschluss, und ein lückenloses Mobilfunknetz sind heutzutage keine Luxusgüter, sondern die Basis für mobiles Arbeiten, digitale Bildung und soziale Vernetzung. Wer digital abgehängt wird, verliert den Anschluss an die Gesellschaft und wird in seinen Lebenschancen massiv eingeschränkt. Zur Daseinsvorsorge gehört heute untrennbar auch die psychische Gesundheit. In ländlichen Räumen fehlen jedoch häufig spezialisierte Therapieplätze und niedrigschwellige Beratungsangebote, was die mentale Gesundheit junger Menschen in Belastungssituationen gefährdet.

Ein besonderes Augenmerk liegt zudem auf der Wohnsituation: Junge Menschen, die in ihren Heimatregionen bleiben oder dorthin zurückkehren

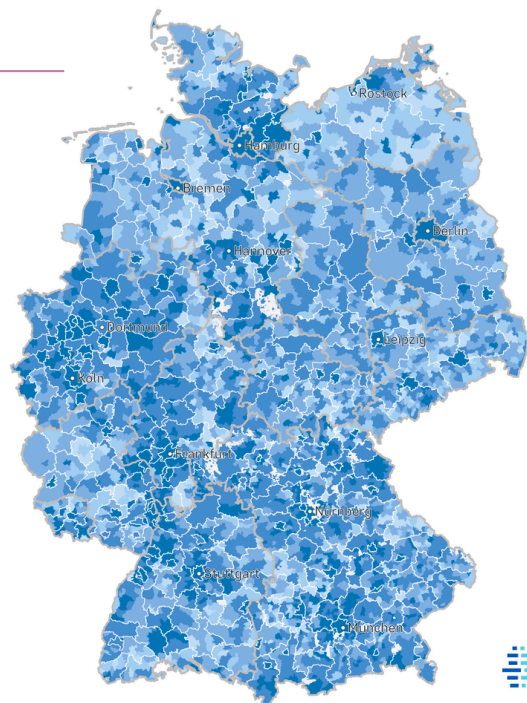
wollen, finden oft keinen bezahlbaren, bedarfsgerechten Wohnraum. Hinzu kommt, dass häufig nur Wohnungen für Familien verfügbar sind, während kleine Wohnungen für Einzelpersonen, Auszubildende oder Berufseinsteiger*innen besonders schwierig zu finden sind. Gleichzeitig eröffnen regional vorhandene Leerstände neben den strukturellen Herausforderungen auch ein Potenzial für das Schaffen neuer Wohnmöglichkeiten. Wenn passende Wohnangebote fehlen, verlassen junge Erwachsene oft unfreiwillig ihre Heimatregionen. Damit verlieren ländliche Räume wertvolles Potenzial für die Gestaltung der Zukunft.

Breitbandversorgung

Anteil der Haushalte mit Breitbandversorgung von mindestens 100 MBit/s (in Prozent), 2020

- 95 bis 100
- 80 bis 95
- 60 bis 80
- 40 bis 60
- 0 bis 40
- keine Daten (gemeindefrei)

Daten: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE/BKG (2021)
Grafik: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2024);
Bildlizenz: CC BY-ND 4.0



BUND - LÄNDER
DEMOGRAPHIE
PORTAL



Vision

Ländliche Räume bieten jungen Menschen verlässliche Perspektiven und gleichwertige Lebensbedingungen. Medizinische Versorgung, eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur, wohnortnahe Nahversorgung und bezahlbarer Wohnraum sind selbstverständliche Bestandteile des Alltags – unabhängig von Gemeindegröße oder -lage. Wohnmöglichkeiten in ländlichen Räumen müssen vielfältig, bezahlbar und

passend für unterschiedliche Lebenssituationen sein. Eine flächendeckende **psychosoziale Unterstützung** und die Förderung der mentalen Gesundheit sind als integrale Bestandteile der Gesundheitsversorgung in der Fläche anerkannt. Öffentliche Daseinsvorsorge wird als tragende Grundlage solidarischer und lebenswerter ländlicher Räume verstanden.

Psychosoziale Unterstützung umfasst die Begleitung und Förderung der psychischen Gesundheit sowie des sozialen Wohlbefindens und der Teilhabe von Menschen durch Beratung, Unterstützung und stärkende Beziehungen.



Deshalb fordern wir:

Von der Politik:

- Die gezielte Förderung und dauerhafte Absicherung von Selbstversorgungskonzepten wie **Dorfläden oder 24/7-Selbstbedienungsläden, Gemeindepraxen** und weiterer Angebote der Grundversorgung.
- Die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für den Ausbau kommunaler Daseinsvorsorge und medizinischer Infrastruktur sowie die Stärkung mobiler medizinischer Angebote.
- Den lückenlosen Ausbau von hohem Breitbandanschluss, insbesondere Glasfaseranschluss und Mobilfunknetz. Die digitale Infrastruktur muss auch den Anforderungen mobilen Arbeitens und mobiler Bildung gerecht werden.
- Die Schaffung von Wohnraum auf dem Land für verschiedene Lebensphasen und -situationen, gerade auch für junge Menschen. Dieser muss auch für mittlere und niedrige Einkommen bezahlbar sein, was durch Förderprogramme, innovative Wohn- und Nutzungskonzepte und kommunale Bodenpolitik gesteuert werden kann.
- Den Abbau rechtlicher und bürokratischer Hürden für das (Um-)Bauen im Bestand.
- Ein Umdenken im Umgang mit Bestandsimmobilien: Leerstehende Gebäude sollen nicht länger ungenutzt verfallen, sondern durch Förderung und Offenheit für alternative Wohnformen wie **Mehrgenerationenwohnen** oder gemeinschaftlich genutzte Wohngemeinschaften aktiviert werden.
- Den aktiven Einbezug junger Menschen bei der Planung und Weiterentwicklung von Versorgungs- und Wohnraumstrukturen.
- Den bedarfsgerechten Ausbau und die langfristige Finanzierung von psychosozialen Beratungsstellen, Kriseninterventionsdiensten und Präventionsangeboten in ländlichen Räumen.



Beispiel 1: Tante-M. SmartStores in ländlichen Räumen. Die Tante-M-Geschäfte sind 365 Tage im Jahr, 18-24 Stunden am Tag geöffnet. Kunden des Geschäftes suchen eigenständig ihre gewünschten Waren und erfassen diese an der Kasse selbst. Jedes Geschäft verfügt über ein Sortiment von mehr als 1.000 Artikeln, die zu weitgehend supermarkttüblichen Preisen verkauft werden.



Beispiel 2: Mobile Arztpraxis in Rheinland-Pfalz. In Rheinland-Pfalz sind zwei vollständig ausgestattete Hausarztpraxen auf vier Rädern unterwegs, um kurzfristige Schließungen von ansässigen Praxen zu überbrücken.



Beim **Mehrgenerationen-Wohnen** handelt es sich um eine besondere Form des gemeinschaftlichen Wohnens, bei der verschiedene Haushalte unterschiedlichen Alters und sozialer Stellung zusammenleben. Dazu gehört die bewusste Entscheidung für ein gemeinschaftliches Leben sowie gegenseitige Unterstützung.

Quelle: <https://www.iwe.uni-stuttgart.de/dokumente/wohnsoziologie/material/schmitt-april-2016-mehrgenerationen-wohnprojekte-in-der-nutzungsphase2.pdf>

Von der Kirche:

- Eine aktive Einbindung von Verbänden und anderen kirchlichen Akteur*innen in Wohnraumprojekte.
- Ein Zur-Verfügung-Stellen kirchlicher Gebäude, Flächen und Ressourcen für bezahlbare Wohnraumkonzepte.
- Die Förderung von Kooperationen zwischen Kirchen, Kommunen und Verbänden zur Schaffung von Wohnraum.
- Die Sicherstellung, dass strukturelle Veränderungen und Immobilienprozesse nicht dazu führen, dass Potenziale für gemeinschaftliches und bezahlbares Wohnen ungenutzt bleiben.



Als KLJB gehen wir selbst voran durch:

- Die Mitwirkung an Beteiligungsprozessen zu Fragen von Daseinsvorsorge, digitaler Infrastruktur und Wohnen.
- Eine aktive politische Interessensvertretung für jugend- und zukunftsgerichte Infrastruktur und Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen.
- Die Enttabuisierung psychischer Belastungen und Krankheiten durch gezielte Bildungsarbeit und die Sensibilisierung für die mentale Gesundheit junger Menschen auf dem Land.





JUGENDRÄUME & “DRITTE ORTE”



Analyse

Junge Menschen brauchen „**Dritte Orte**“, also Räume außerhalb von Schule, Universität bzw. Arbeitsplatz und Elternhaus, um sich frei zu entfalten, auszuprobieren, Gemeinschaft zu erleben und weitere Kompetenzen anzueignen. Besonders Vereins-/Verbands- und Jugendräume, die jungen Menschen kostenlos zur Verfügung stehen und die sie selbstorganisiert verwalten können, sind hierfür entscheidend. Hier treffen Jugendliche und junge Erwachsene aus verschiedenen Schulen und Bildungshintergründen und mit verschiedenen Einstellungen und Meinungen aufeinander. Sie öffnen sich für neue Perspektiven außerhalb der eigenen Sichtweise und stärken damit eine demokratische Diskussionskultur auf Augenhöhe. Für die Arbeit von Jugendverbänden als **Werkstätten der Demokratie** sind diese Jugendräume daher unverzichtbar.

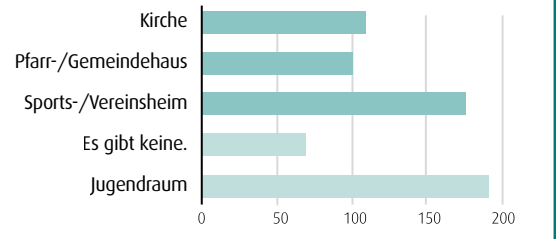
In vielen Fällen sind **KLJB-Ortsgruppen die einzigen Anbieter solcher Räume vor Ort**. Dennoch stehen diese Räume unter Druck: Kirchliche Immobilienprozesse und kommunale Sparzwänge führen vermehrt zu Schließungen oder dazu, dass den Gruppen diese Räume nicht mehr kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Wenn diese Orte der Begegnung wegbrechen, gefährdet dies die wichtige Arbeit von Jugendverbänden. Zudem steigt für junge Menschen das Risiko von Isolation und Einsamkeit, da zentrale informelle Treffpunkte für den sozialen Austausch fehlen.

Gleichzeitig blicken wir mit Sorge auf den Bestand überörtlicher Infrastrukturen in ländlichen Räumen: Jugendbildungsstätten, Jugendhäuser und Zeltplätze

Dritte Orte sind möglichst niederschwellig zugängliche, offene soziale und kulturelle Treffpunkte, die das Zuhause (erster Ort) und den Arbeitsplatz (zweiter Ort) ergänzen. Dritte Orte laden Menschen dazu ein, ohne Konsumzwang zu verweilen und sich bei Interesse zu engagieren.

Quelle: <https://koerber-stiftung.de/projekte/dritte-orte-fuer-begegnung/>

Gibt es öffentlich zugängliche Orte in deinem Wohnort, in denen du dich gerne aufhältst? Wenn ja, welche sind es?



Die dargestellten Ergebnisse basieren auf der Landjugendstudie (s. Seite 11).

sind das Rückgrat der Verbandsarbeit und für Schulungen sowie Freizeitmaßnahmen unverzichtbar. Diese Orte sind aufgrund steigender Kosten und sinkender Zuschüsse von Kirche und Staat zunehmend in ihrer Existenz bedroht. Wenn diese Räume und Stätten verschwinden, geht die Basis für ehrenamtliches Engagement, Begegnung und demokratische Bildung verloren.

Der Erhalt und das Schaffen dieser Orte ist dabei kein Luxusangebot, sondern ein gesetzlicher Anspruch. **§ 11 SGB VIII** betont den Auftrag der Jugendarbeit, junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu stärken und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wenn diese Orte verschwinden, verliert die Jugend die im SGB VIII garantierten Freiräume zur Mitbestimmung und Selbstorganisation. Ihre Sicherung ist daher eine zentrale öffentliche Aufgabe und Voraussetzung für lebendige Demokratie vor Ort.

§ Im Sozialgesetzbuch (SGB) VIII - Kinder- und Jugendhilfe - steht in Artikel 1: Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen. Dabei sollen die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote für junge Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden.

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/sgeb_8/_11.html

Jugendverbände sind „**Werkstätten der Demokratie**“, weil junge Menschen dort demokratische Prozesse wie Mitbestimmung, Wahlen, Diskussionen und gemeinsame Entscheidungsfindung praktisch erleben. Dabei lernen sie, Verantwortung zu übernehmen, unterschiedliche Meinungen zu respektieren und sich aktiv für die Gemeinschaft und die Gesellschaft einzusetzen.

Quelle: <https://www.dbjr.de/politische-jugendbildung>

“ Ohne einen geeigneten Jugendraum ist nachhaltige Jugendarbeit kaum möglich. Seit dem Abriss unseres Landjugendraums fehlt den Jugendlichen unserer KLJB-Ortsgruppe ein wichtiger Ort für Gemeinschaft, Austausch und Freizeitgestaltung. Deshalb haben wir uns das Ziel gesetzt, in diesem Jahr in Eigenregie ein neues Jugendheim für unsere Ortsgruppe zu bauen. Dieses Vorhaben kann jedoch nur gelingen, wenn viele Menschen mit anpacken, spenden und Förderprogramme uns dabei unterstützen.



Simon Stahr

KLJB-Ortsgruppe Kaldorf-Petersbuch (Diözesanverband Eichstätt)



Mehr zum Bauprojekt der
KLJB Kaldorf-Petersbuch



Vision

Landjugendräume, Bildungsstätten und weitere offene Treffpunkte sind fester Bestandteil jeder ländlichen Gemeinde. Sie sind lebendige und offene Räume, die den jungen Menschen vor Ort kostenlos zur Verfügung stehen. Diese Orte fungieren als wirksames Mittel

gegen Einsamkeit, indem sie Gemeinschaft stiften und den sozialen Zusammenhalt junger Menschen stärken. Kommunale und kirchliche Träger unterstützen aktiv bei der Entstehung und dem Erhalt dieser öffentlichen Orte.



Deshalb fordern wir:

Von der Politik:

- Die langfristige Sicherung und den Ausbau kostenloser eigener und selbstorganisierter Jugendräume für Jugendgruppen vor Ort.
- Die Schaffung „Dritter Orte“ in Gemeinden, in denen diese noch nicht zur Verfügung stehen. Dabei kann dem Verfall von Leerständen aktiv entgegengewirkt und demokratische Ortsentwicklung gestärkt werden, indem die Zusammenarbeit von Kommunen, Kirchen und Zivilgesellschaft strukturell ausgebaut und zum Übergang **lokalen Initiativen kostenfreie Zwischennutzungen** ungenutzter Bestandsbauten ermöglicht werden.
- Die Anerkennung „Dritter Orte“ als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und von Jugendräumen als zentrale Orte der Begegnung, Teilhabe und Sozialisation sowie als Schutz vor Einsamkeit junger Menschen.
- Die Bereitstellung ausreichender und langfristig planbarer finanzieller Mittel für Erhalt, Betrieb, **barrierefreien** Umbau und Weiterentwicklung von Jugendräumen.
- Den aktiven Einbezug junger Menschen in Planung, Gestaltung und Weiterentwicklung von Jugendräumen (z. B. über Jugendringe mit Verbandsbeteiligung oder Beteiligungsformate).
- Eine langfristige Bestandsgarantie und auskömmliche Finanzierung für Jugendbildungsstätten, Jugendhäuser und Zeltplätze, damit diese als Orte der außerschulischen Bildung und Begegnung erhalten bleiben.

In Bremen ermöglicht das Team der **ZwischenZeitZentrale** (ZZZ) eine strukturelle Zwischennutzung von Gebäuden und Brachflächen. Unter dem Motto "Schlafende Häuser wecken - mit Zwischennutzungen" vermittelt die ZZZ zwischen Eigentümer*innen und Nutzer*innen, entwickelt Nutzungskonzepte und begleitet die Zwischennutzung.

Projekt p.ara: 2019 wurde in einem leerstehenden Gebäude in der Bremer Bahnhofsvorstadt eine 18-monatige Zwischennutzung für einen temporären Clubraum für kollektive Kultur initiiert. Der Club existiert bis heute.

Projekt Die Kanzlei: In der Bremer Innenstadt hat die Vonovia zwei leerstehende Etagen zur Zwischennutzung an Vereine und die Hochschule für Künste zu moderaten Preisen vermietet.

Quelle: <https://www.zzz-bremen.de/ueber-uns>

Barrierefrei bedeutet, dass Menschen unabhängig von körperlichen, sensorischen, kognitiven oder psychischen Voraussetzungen gleichberechtigt an Angeboten, Räumen, Informationen und sozialen Prozessen teilnehmen können.

Von der Kirche:

- Die Priorisierung des Erhalts von selbstorganisierten Jugendräumen für kirchliche Jugendverbände bei Umstrukturierungs- und Immobilienprozessen. Einsparungen und strukturelle Veränderungen dürfen nicht zur Schließung von Jugendräumen führen.
- Die offene, flexible und niedragschwellige Bereitstellung weiterer kirchlicher und vereinsgetragener Räume für die Nutzung durch junge Menschen.
- Den Erhalt und die Stärkung von Jugendbildungsstätten, Zeltplätzen und vergleichbaren Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft.
- Die Förderung und Anerkennung ehrenamtlichen Engagements zur Belebung und langfristigen Nutzung von Jugendräumen
- Die frühzeitige und kontinuierliche Einbeziehung von Jugendlichen bei allen Umstrukturierungs- und Entscheidungsprozessen, die Kinder- und Jugendräume betreffen. Partizipation darf nicht nachgelagert erfolgen, sondern muss von Beginn an integraler Bestandteil sein.

Von Kirche und Politik:

- Die klare Solidarisierung und verbindliche Kooperation von Verantwortungsträger*innen in Kirche und Politik bei der Sicherstellung, dem Erhalt und der Bereitstellung von Kinder- und Jugendräumen. Gemeinsames Ziel muss es sein, selbstorganisierte und eigenverantwortlich gestaltete Jugendräume dauerhaft zu ermöglichen.

*Partizipation: Teilhabe, Beteiligung, Mitwirkung oder Mitspracherecht

*integraler Bestandteil: ein unverzichtbarer und wesentlicher Teil eines Ganzen



Als KLJB gehen wir selbst voran durch:

- Öffentlichkeitsarbeit zur Relevanz von **Landjugendräumen** und die Vorstellung von Best Practice-Beispielen.
- Interessensvertretung für den Erhalt und die Schaffung von Landjugendräumen, Jugendbildungsstätten, Zeltplätzen sowie weiterer „Dritter Orte“ gegenüber Politik und Kirche.



Passend zum Thema hat die KLJB Rottenburg-Stuttgart 2025 ein **Positionspapier** veröffentlicht, in dem sie Räume für junge Menschen auf dem Land fordert.



» EHRENAMT & » JUGEND- BETEILIGUNG





Analyse

Ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Säule des sozialen Zusammenhalts in ländlichen Räumen. Junge Menschen übernehmen hier Verantwortung in Jugendverbänden und Vereinen und gestalten so das Ortsleben maßgeblich mit. Diese Bereitschaft zum Engagement stößt jedoch auch an Grenzen. Gerade in kleineren Gemeinden führt die hohe Dichte an Aufgaben oft zu einer Überlastung der Aktiven, die zudem häufig in mehreren Ehrenämtern tätig sind. Erschwerend kommen **bürokratische Hürden und komplexe rechtliche Anforderungen** hinzu, die besonders junge Ehrenamtliche abschrecken.

Im Jahr 2024 engagierten sich 38,4 Prozent der Bewohner*innen in ländlichen Räumen in Deutschland ehrenamtlich.

Quelle: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Sechsten Deutschen Freiwilligensurveys (2024), S. 44.

Eine Umfrage der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt aus dem Jahr 2025 zeigt, dass sich 30,4 Prozent der Befragten eine **Vereinfachung von Vorschriften** und eine Entlastung durch klare und weniger komplexe Anforderungen im Ehrenamt wünschen.

Quelle: https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/pressemeldungen/dsee_umfrage_buerokratiebelastung_im_ehrenamt/



Eine interaktive Landkarte zu den **Teilhabe-chancen von Kindern und Jugendlichen** in den Bundesländern bietet das Online-Tool des Teilhabeatlas.

Zudem fehlt es oft an struktureller Beteiligung: Wenn junge Menschen sich zwar für den Heimatort engagieren, aber bei grundlegenden Entscheidungen nicht einbezogen werden, führt dies zu Frustration. **Echte Partizipation** darf daher kein Lippenbekenntnis sein, sondern muss durch eine ernsthafte Einbindung in Entscheidungsprozesse gelebt werden.

Echte Partizipation beginnt dort, wo Menschen informiert werden, mitentscheiden können und schrittweise mehr Verantwortung und Entscheidungsmacht erhalten.

Von echter Partizipation kann nicht gesprochen werden, wenn junge Menschen lediglich manipuliert werden oder ihre Beteiligung auf dekorative bzw. symbolische Formen der Mitwirkung im Sinne des Leitermodells von Robert Hart (1992) beschränkt bleibt.

Quelle: Hart, Roger (1992): Children's Participation. From tokenism to citizenship. UNICEF.



Vision

Ehrenamtliches Engagement junger Menschen ist langfristig tragfähig und wird sichtbar wertgeschätzt sowie strukturell unterstützt. Verantwortung verteilt sich auf mehrere Schultern, ohne einzelne Engagierte zu überfordern. Junge Menschen werden als eigenständige Akteur*innen ländlicher Entwicklung anerkannt und systematisch in politische, kirchliche und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einbezogen. **Jugendbeteiligung** ist kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern ein selbstverständlicher Bestandteil kommunaler, kirchlicher und verbandlicher Gestaltung.

Aus Sicht der KLJB sind **junge Menschen** in allen politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern wichtige Akteur*innen. Deshalb ist ihre Beteiligung bei sämtlichen Themen von großer Bedeutung. Politische und gesellschaftliche Entscheidungen wirken sich im besonderen Maße auf die Lebensrealität junger Menschen aus und prägen ihre Gegenwart sowie ihre Zukunft.



Deshalb fordern wir:

Von der Politik:

- Attraktive und verlässliche Förderprogramme für ehrenamtliches Engagement, insbesondere in kleinen Gemeinden, einschließlich finanzieller Unterstützung, Qualifizierungsangeboten und professioneller Koordinationsstellen (z. B. kommunale Ehrenamtsbeauftragte).
- Systematische **Entbürokratisierung** ehrenamtlicher Arbeit, um zeitliche und administrative Belastungen zu reduzieren.
- Die **Ausweitung und Absicherung der Gemeinnützigkeit** für Ortsgruppen von Jugendverbänden, um zivilgesellschaftliches Engagement rechtlich und finanziell abzusichern.
- Aufbau verbindlicher Beteiligungsstrukturen, durch die junge Menschen und insbesondere Jugendverbände bei kommunalen und regionalen Entwicklungsprozessen frühzeitig und regelmäßig einbezogen werden.
- Förderung niedrigschwelliger Beteiligungsformate (z. B. Jugendforen, Projektfonds, digitale Beteiligungsplattformen), die auch junge Menschen ohne Verbandserfahrung erreichen.
- Unterstützung interkommunaler und regionaler Kooperationen von Vereinen, um Aufgaben zu bündeln und Engagement breiter abzustützen.
- Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für den hohen Wert und die tatsächliche Belastung ehrenamtlicher Arbeit, insbesondere in kleinen Gemeinden.
- Sichtbare Anerkennung von Engagement, etwa durch lokale Auszeichnungen, öffentliche Würdigung und eine positive Darstellung ehrenamtlichen Engagements in Medien und Öffentlichkeit.
- Erhalt und Stärkung kommunaler, nationaler und vor allem europäischer Fördermittel. Diese sind eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige ländliche Entwicklung. Sie ermöglichen Investitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Innovation und tragen wesentlich zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse bei. Um diese Fördersysteme wirksam werden zu lassen, ist es entscheidend, dass die Rahmenbedingungen und die Mittel langfristig, verlässlich und planungssicher gestaltet sind. Mittelkürzungen lehnen wir daher entschieden ab.



Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) setzt sich dafür ein, die **Gemeinnützigkeitsanerkennung** für kleine Körperschaften, wie Ortsgruppen von Jugendverbänden, deutlich zu vereinfachen. Durch den Wegfall der regelmäßigen Steuererklärung sollen ehrenamtliche Strukturen von bürokratischen Belastungen entlastet werden, sodass mehr Ressourcen für die eigentliche Verbandsarbeit zur Verfügung stehen.



Junge Menschen wollen sich engagieren und etwas auf die Beine stellen, werden aber oftmals durch bürokratische Hürden ausgebremst. In Niedersachsen musste etwa seit einiger Zeit für die Genehmigung von Scheunenfeten ein Bauantrag gestellt werden. Das bedeutet für die Ehrenamtlichen vor Ort viel Zeit und Geld, was nicht in die eigentliche Organisation der Veranstaltung gesteckt werden kann. Mittlerweile hat die Landesregierung zusammen mit der KLJB Niedersachsen einen Kompromiss gefunden, der weniger bürokratisch ist, aber trotzdem die Auflagen für Brandschutz & Co. erfüllt – so sollte Entbürokratisierung in der Praxis aussehen.



Torben Kessen

KLJB-Ortsgruppe Bevern (Diözesanverband Vechta)

Von der Kirche:

- Aktive Koordination ehrenamtlicher Strukturen vor Ort, um Doppelbelastungen einzelner Engagierter zu vermeiden und neue Engagierte gezielt einzubinden.
- Bereitstellung personeller, finanzieller und räumlicher Ressourcen für Jugend(verbands)arbeit und ehrenamtliche Projekte.
- Unterstützung von Qualifizierungs-, Austausch- und Entlastungsangeboten für Ehrenamtliche (z. B. Schulungen, Supervision, Begleitung).
- Verbindliche Einbindung junger Menschen und kirchlicher Jugendverbände in Entscheidungsprozesse auf Pfarrei-, Diözesan- und Verbandsebene.



Als KLJB gehen wir selbst voran durch:

- Die aktive Teilhabe an und aktive Mitgestaltung von formellen und informellen Beteiligungsformaten.
- Die Weiterentwicklung unserer Strukturen mit dem Ziel, dass Ehrenamtliche bestmöglich begleitet, entlastet und vor Überforderung geschützt werden.
- Die Schaffung niedrigschwelliger Zugänge zum Engagement und die Unterstützung junger Menschen bei der Übernahme von Verantwortung.
- Die Verankerung der systematischen Beteiligung junger Menschen und von Jugendverbänden als Leitprinzip unserer Lobbyarbeit und politischen Positionierung.





VIelfALT & TOLERANZ



Analyse

Vielfalt und Toleranz sind zentrale Voraussetzungen für ein gutes, sicheres und selbstbestimmtes Leben junger Menschen - unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, sozialem Hintergrund, individueller Bedarfe oder Lebensentwurf. **In ländlichen Räumen** erleben junge Menschen dennoch zu häufig eine geringe gesellschaftliche Vielfalt und eine eingeschränkte Akzeptanz gegenüber **nicht-normativen Lebensweisen**. Ländliche Räume sind keine **homogenen Sozialräume**, sondern von vielfältigen Lebensrealitäten geprägt, die jedoch teilweise nur eingeschränkt wahrgenommen werden.

Was in einer Gesellschaft als normativ und damit als üblich oder anerkannt gilt, kann in einer anderen als **nicht-normativ** erscheinen und dort als ungewöhnlich wahrgenommen werden. Lebensweisen werden nicht universell gleich bewertet, sondern werden immer im jeweiligen kulturellen und sozialen Kontext interpretiert.

Die Landjugendumfrage des BAK Land zeigt, dass die Befragten die **gesellschaftliche Vielfalt in ländlichen Räumen** im Durchschnitt mit 2,26 auf einer 5-Punkte-Skala bewerten. Die Toleranz gegenüber Personen mit ausländischer Herkunft erreicht einen Durchschnittswert von 2,78. Die Akzeptanz verschiedener Lebensformen und Geschlechterrollen, die vom traditionellen Familienbild abweichen, wird mit einem Durchschnittswert von 2,83 bewertet.

*Eine homogene Gruppe oder Struktur ist relativ einheitlich und weist nur wenige Unterschiede oder Vielfalt auf.

Diskriminierungserfahrungen im eigenen Wohnort sind für viele junge Menschen Teil ihrer Lebensrealität. Auch in ländlichen Räumen sind Frauen davon in besonderem Maße betroffen. In ländlichen Räumen leben junge Menschen häufiger in vergleichsweise sozial homogenen Strukturen, in denen Abweichungen von gesellschaftlichen Normen schneller auffallen und weniger akzeptiert werden. Dies kann Folgen auf Teilhabe, Selbstwirksamkeit und Bleibe- und Rückkehrperspektiven junger Menschen in ländlichen Räumen haben.



Vision

Als KLJB stehen wir für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft. In unserer Vision sind ländliche Räume durch Gemeinschaften gekennzeichnet, in denen Vielfalt sichtbar, anerkannt und wertgeschätzt wird. Junge Menschen sollen unabhängig von ihrer Identität sicher leben, sich frei entfalten und aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Diskriminierung, Ausgrenzung und menschenfeindliche Einstellungen dürfen weder im Alltag noch in Vereinen und Verbänden, kirchlichen Strukturen oder politischen Entscheidungsprozessen Platz haben.

Als **marginalisierte Gruppen** werden Bevölkerungsgruppen bezeichnet, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Sie erfahren strukturelle Benachteiligung, sind politisch oft weniger repräsentiert und haben häufig einen eingeschränkten Zugang zu Ressourcen oder gesellschaftlicher Teilhabe. Der Begriff beschreibt den Prozess der Ausgrenzung (Marginalisierung) und nicht zwingend eine zahlenmäßige Minderheit.

Vielfalt verstehen wir dabei nicht als abstrakten Begriff, sondern als gelebte Praxis: durch Begegnung, Dialog und gegenseitigen Respekt. Dort, wo unterschiedliche Menschen sich begegnen, können Vorurteile abgebaut und Offenheit gestärkt werden. Ländliche Räume haben das Potenzial, Orte von Gemeinschaft, Zusammenhalt und Selbstwirksamkeit zu sein – wenn Offenheit bewusst gefördert und Schutzräume für **marginalisierte Gruppen** geschaffen werden. Toleranz entsteht nicht von selbst, sondern braucht Bildung, klare Haltungen und verlässliche Strukturen.

“ Ich wünsche mir Ländliche Räume, in denen Vielfalt selbstverständlich ist und Queersein keinen Mut erfordert, sondern jede Person ganz natürlich so angenommen wird und sein darf, wie sie ist. Hierfür wünsche ich mir insbesondere in ländlichen Räumen mehr queere Sichtbarkeit, Angebote und verlässliche Anlaufstellen sowie eine queerfreundliche Bildungs- und Erziehungsarbeit, die die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen selbstverständlich einbezieht, anerkennt und wertschätzt.



Emma Söder

Arbeitsgruppe KLJB Queer



Deshalb fordern wir:

Hierzu zählt beispielweise das **Bundesprogramm "Demokratie leben!"**, welches zivilgesellschaftliches Engagement und ein vielfältiges Miteinander fördert und Arbeit gegen Polarisierungen und Radikalisierungen unterstützt.

Von der Politik:

- Eine stärkere Sensibilisierung für Diskriminierungserfahrungen in ländlichen Räumen.
- Die gezielte Förderung von Initiativen, Bildungsangeboten und Projekten, die Vielfalt, Sichtbarkeit und Toleranz stärken.
- Die langfristige Sicherstellung von Programmen zur **Demokratieförderung**, Präventions- und Antidiskriminierungsarbeit. Diese müssen auch für kleine Gemeinden zugänglich sein.
- Ein klares Bekenntnis zu Menschenwürde, Gleichberechtigung und Vielfalt.

Von der Kirche:

- Eine am Hierarchieabbau orientierte Umstrukturierung kirchlicher Amts- und Organisationsstrukturen, sowie eine Reform der kirchlichen Morallehre und **Theologien** auf Basis unseres kirchenpolitischen Antrags. Dazu gehören die Überarbeitung der kirchlichen Sexuallehre und die Öffnung von Leitungsämtern für Lai*innen und von Weiheämtern für alle Geschlechter.
- Eine konsequent inklusive Ausrichtung der Angebote kirchlicher Akteur*innen und die aktive Schaffung von Räumen für Begegnung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen.
- Den aktiven Ausbau ökumenischer und interreligiöser Formate im spirituellen und sozialen Bereich in ländlichen Räumen.
- Die Schaffung und den Erhalt von Schutzräumen, in denen junge Menschen unabhängig von Identität oder Lebensform willkommen sind und Unterstützung erfahren.
- Die Verankerung von Vielfalt, Antidiskriminierung und Demokratiebildung als feste Bestandteile kirchlicher Jugend- und Bildungsarbeit. Diese Arbeit muss dauerhaft finanziell sowie personell abgesichert werden.

Wir nutzen hier den **Plural**, da die Rede von Gott kontextabhängig ist. Unterschiedliche Kontexte führen daher zu vielfältigen Redensformen und damit Theologien. Auf diese Vielfalt wollen wir hinweisen.





Als KLJB gehen wir selbst voran durch:

- Die Verpflichtung, Vielfalt, Antidiskriminierung und Demokratiebildung als verbindliche Querschnittsaufgabe unserer Verbandsarbeit weiter zu stärken.
- Die konsequente Weiterentwicklung unserer innerverbandlichen Schutzkonzepte, die Benennung klarer Ansprechpersonen und die Etablierung verlässlicher, niedrigschwelliger Meldestrukturen bei Diskriminierung und Grenzverletzungen.
- Die Verankerung von Inhalten zu Vielfalt, Antidiskriminierung und gendersensibler Sprache in Gruppenleiter*innen-, Präventions- und Schutzkonzept-Schulungen, insbesondere für Personen in leitenden Funktionen.
- Die Schaffung und Stärkung innerverbandlicher Austausch-, Vernetzungs- und Empowermenträume, insbesondere **für queere Jugendliche und junge Erwachsene sowie marginalisierte Gruppen**.
- Das Sichtbarmachen von Diskriminierung in ländlichen Räumen und die klare Benennung von Missständen.
- Eine klare öffentliche Positionierung gegen Hass, Ausgrenzung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratiefeindliche Tendenzen.
- Unsere **klare Distanzierung von menschen- und demokratiefeindlichen Parteien, Organisationen und Gruppierungen** und unsere Selbstverpflichtung, nicht mit diesen zusammenzuarbeiten oder zu kooperieren.³



Auf Bundesebene tauscht sich die **Arbeitsgruppe KLJB Queer** zu queeren Themen aus. Die Gruppe steht allen interessierten KLJB-Mitgliedern offen.



“Wir positionieren uns aktiv [...] für Demokratie und gegen Rechtspopulismus und -extremismus. Außerdem stellen wir eine Unvereinbarkeit der Verbreitung rechtsextremer Ideologien mit der Übernahme von Ehren- oder Hauptämtern in der KLJB fest. [...] Wir grenzen uns entschieden von rechtsextremen und menschenfeindlichen Parteien und Organisationen ab.

Aus dem Beschluss “Klare Kante gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus! Wir stehen für eine offene und pluralistische Gesellschaft ein” der KLJB-Bundesversammlung 2024 in Hirschbach



Der ganze Beschluss

³ Vgl. KLJB-Bundesversammlung: „Klare Kante gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus! Wir stehen für eine offene und pluralistische Gesellschaft ein.“ Beschluss der Bundesversammlung 2024. Online unter: www.kljb.org/wp-content/uploads/2025/08/BV-2024-Beschluss-Nr.-4-Klare-Kante-neu.pdf (Stand: 01.02.2026).

BILDUNG & WEITERBILDUNG





Analyse

Außerschulische Bildungsangebote sind in ländlichen Räumen häufig ungleich verteilt, zeitlich begrenzt oder nur mit hohem Mobilitätsaufwand erreichbar. Dadurch bleiben wichtige Möglichkeiten zur persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung ungenutzt. Fehlende Weiterbildungsangebote können langfristig die Attraktivität ländlicher Räume mindern und negative Auswirkungen auf Bleibeperspektiven haben.

Vielseitige Angebote außerschulischer Bildung und Beteiligung für junge Menschen in ländlichen Räumen bietet die **Akademie Junges Land** an.



Vision

In ländlichen Räumen haben junge Menschen wohnortnah Zugang zu vielfältigen, qualitativ hochwertigen Weiterbildungs- und Bildungsangeboten. Diese sollen sowohl berufliche Qualifizierung als auch persönliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung fördern. Bildung verstehen wir dabei als lebenslangen Prozess, der nicht an Schule, Universität oder Ausbildung endet, sondern junge Menschen befähigt, Verantwortung zu übernehmen, sich einzubringen und ländliche Räume aktiv mitzugestalten. Zudem tragen digitale Bildungs- und Weiterbildungsangebote zu Bildungsgerechtigkeit bei.





Deshalb fordern wir:

Von der Politik:

- Den Erhalt bzw. den Ausbau vielfältiger außerschulischer Bildungsangebote in ländlichen Räumen.
- Die dauerhafte finanzielle Absicherung und strukturelle Stärkung von Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, Landvolkshochschulen und weiterer Träger von Bildungsangeboten.
- Die langfristige Förderung bestehender Einrichtungen und Programme statt ausschließlich projektbezogener Finanzierungen.
- Die Förderung digitaler Bildungs- und Weiterbildungsangebote.

Von der Kirche:

- Die Sicherung und Weiterentwicklung der **Angebote kirchlicher Bildungs- und Tagungshäuser**. Zudem sind diese durch Vertiefungs- und Aufbauformate zu ergänzen.
- Die bedarfsorientierte Entwicklung neuer Bildungsangebote und die gezielte Ansprache junger Menschen in ländlichen Räumen für diese Angebote.
- Die aktive Suche nach Kooperationen mit externen Partner*innen aus Zivilgesellschaft, Bildung und Praxis und den Ausbau dieser Kooperationen, um Angebotspaletten zu erweitern.



“Jugendbildungsstätten und -häuser müssen erhalten bleiben, da sie einen unentbehrlichen Wert für die politische und soziale Bildung junger Menschen haben.

Luca Korte

KLJB-Ortsgruppe Borsum (Diözesanverband Osnabrück)



Als KLJB gehen wir selbst voran durch:

- Den Einsatz auf allen KLJB-Ebenen dafür, Bildungsangebote vor Ort zu initiieren, zu stärken und sichtbar zu machen.
- Die **Entwicklung und Erweiterung eigener Bildungsformate**, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und gesellschaftliche Verantwortung.
- Die Schaffung zusätzlicher Lern- und Qualifizierungsangebote für junge Menschen durch Kooperationen mit anderen Verbänden, Bildungsträgern und gegebenenfalls Praxispartnern.
- Das aktive Einbringen der Bedarfe junger Menschen in politische und kirchliche Strukturen.

Zahlreiche Materialien sind im **Material-Download** auf der Website der KLJB Deutschlands zu finden.



ZUM SCHLUSS

Die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume ist untrennbar mit den Lebensperspektiven junger Menschen verknüpft. Damit ländliche Räume attraktiv und zukunftsfähig bleiben, müssen die Weichen für eine umfassende strukturelle Stärkung gestellt werden. Die Sicherung der Daseinsvorsorge, der Erhalt von Freiräumen und die Förderung gesellschaftlicher Offenheit bilden das Fundament für ein gutes Leben in der Fläche. Wir als KLJB bringen uns als aktive Gestalter*innen ein, fordern aber die notwendigen Rahmenbedingungen ein, um diese Zukunft gemeinsam bauen zu können.



AUTOR*INNEN

An diesem DIALOG haben Antonia, Lukas, Christina, Hendrik, Jonas, Katrin, Leon und Tobias als ehrenamtliche Mitglieder des Bundesarbeitskreis Land mitgeschrieben sowie Jannis als hauptamtliche Begleitung aus dem Bundesvorstand.



“

Wer auf dem Land aufwächst, braucht einen Bus oder Zug, der fährt, und einen Raum, der offen ist – beides ist keine Forderung, sondern die Grundlage für ein selbstbestimmtes junges Leben.

Jonas Holböck

KLJB-Diözesanverband Passau



“

Vom naturnahen Sehnsuchtsort voller Gemeinschaft bis zum vermeintlich abgehängten „Kuhkaff“ – ländliche Räume sind weit mehr als diese Klischees. Tatsächlich sind sie vielfältige Lebens-, Natur- und Wirtschaftsräume mit großen Potenzialen, aber auch wachsenden Herausforderungen. Mein Wunsch ist es, Stärken gezielt auszubauen und gleichzeitig die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen aller Generationen weiterhin gerne in ländlichen Räumen leben, arbeiten und eine nachhaltige Zukunft gestalten können.

Katrin Schuchardt

KLJB-Diözesanverband Paderborn



“

Mit diesem Beschluss setzen wir ein starkes Zeichen für die Zukunft ländlicher Räume und die Interessen junger Menschen vor Ort. Gute Mobilität, bezahlbarer Wohnraum, starke Jugendräume und echte gute Beteiligung sind entscheidend, damit junge Menschen auf dem Land bleiben, sich engagieren und ihre Heimat aktiv mitgestalten können.

Tobias Kremer

KLJB-Diözesanverband Osnabrück



“

Bei meiner Arbeit bei der KLJB merke ich immer wieder, wie Ehrenamt nicht nur mir persönlich, sondern auch meinem Umfeld extrem hilft. Jeder sollte darauf achten, dass Ehrenämter weiterhin aufrecht erhalten werden können, da das Motto der KLJB wirklich in der Praxis zutrifft: „Wir bewegen das Land!“.

Hendrik Lamping

KLJB-Diözesanverband Vechta

“ „Lasst uns Spinner, Träumer, Botschafter sein für dieses Land für diese Welt. Und glauben und hoffen, dass diese Vision das Leben in die Zukunft trägt.“ Die Worte des KLJB-Botschafterlieds zeigen, wie mutig und inspirierend die KLJB-Perspektiven sind. Durch unsere Landjugendumfrage wird noch deutlicher, an welchen Stellschrauben die Zukunft vor Ort für starke ländliche Räume wachsen kann und muss. Auf jede*n Einzelne*n von uns kommt es an!

Antonia Kainz

KLJB-Diözesanverband München und Freising



“ Durch meine Erfahrungen in der Vereins- und Verbandsarbeit sehe ich immer wieder, welchen unschätzbaren Wert ehrenamtliches Engagement für unsere Dörfer und Gemeinden hat. Ehrenamtliche schaffen Begegnung, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und machen ländliche Räume lebendig und lebenswert. Für mich ist daher klar: Der Erhalt und die Förderung von Vereinen und Ehrenamt sind keine Nebensache, sondern eine zentrale Voraussetzung für eine starke Zukunft unserer ländlichen Regionen.

Lukas Roberg

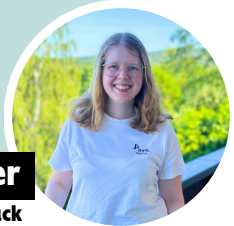
KLJB-Diözesanverband Vechta



“ Die Arbeit in der Landjugend ist sehr wertvoll. Es entstehen neue Freundschaften, Fähigkeiten werden entwickelt und Demokratie wird gelebt. Dies schafft Grundwerte und Erinnerungen für das ganze Leben. Fallen Jugendräume und Dritte Orte weg, kann dies und vieles mehr nicht mehr für junge Menschen auf dem Land sichergestellt werden.

Christina Timmer

KLJB-Diözesanverband Osnabrück



“ Die Ergebnisse unserer Umfrage zeigen, dass sich viele junge Menschen im ländlichen Raum aktiv für ihre Heimat engagieren und Verantwortung übernehmen möchten. Damit dies auch so bleibt wünsche ich mir, dass sie Gestaltungsspielräume, passende Beteiligungsstrukturen und echte Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten, damit ihre Ideen und Anliegen wirksam in Entscheidungen einfließen können.

Leon Scheuermeyer

KLJB-Diözesanverband Köln



“ Ländliche Räume sind schon heute Orte voller Lebensqualität und gelebter Gemeinschaft. Ich wünsche mir, dass wir genau diese Stärken weiter ausbauen, bestehende Herausforderungen konsequent angehen und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass junge Menschen hier auch künftig gut und gerne leben können.

Jannis Fughe

KLJB-Bundesvorsitzender



Impressum

DIALOG – Informationen und Nachrichten zu aktuellen Themen der verbandlichen Diskussion

Herausgeberin: Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e. V. (KLJB), www.kljb.org

Inhalte: Malte Koch, Lea Fernengel, Jannis Fughe (verantwortlich)

Lektorat: Malte Koch

Entwicklung: KLJB-Bundesstelle

Schlussredaktion: Lea Fernengel

Fotos: KLJB, Katrin Schuchardt, Christina Timmer, S. 18 © Aflo Images über Canva.com

Grafiken: siehe Quellenangaben

Layout: Hannah Wastlhuber

Verlag: Landjugendverlag GmbH
Drachenfelsstraße 23
53604 Bad Honnef-Rhöndorf
Tel.: 02224/9465-0
Fax: 02224/9465-44
E-Mail: info@landjugendverlag.de

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier mit
mineralölfreien, umweltfreundlichen Druckfarben
bei Siebengebirgsdruck, Bad Honnef

Erscheinungsdatum: Juni 2026



KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Deutschlands

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Im Rahmen des:

